



Frauenpolitischer Frauenbüro NEWSLETTER

Ausgabe 61 | Juni 2026

Liebe Leser:innen unseres frauenpolitischen Newsletters,

jetzt ist er da, der Frühling – fast schon Sommer! Wie gut dies tut, spüren wir alle, wenn wir die leuchtenden Farben der Natur und die Wärme der Sonne spüren. Es tut umso mehr gut, als die gesellschaftspolitische Lage uns wenig bis gar nicht in Hochstimmung versetzt. Antifeminismus auf unterschiedlichsten Ebenen, Sexismus, der wieder offener ausgelebt wird ... Dennoch gibt es auch viele großartige Handlungsansätze hier vor Ort in Lübeck, die wir gemeinsam mit Euch weiter befördern wollen. Am 30. April hat die Bürgerschaft z. B. die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses beschlossen – von vielen Mitstreiter:innen und uns als **die** Chance angesehen, die gleichstellungspolitischen Themen, die hier vor Ort bewegt werden können, breiter zu diskutieren, in die Öffentlichkeit zu tragen – und somit mittelfristig insbesondere auch den Frauenanteil in der Bürgerschaft zu erhöhen. Denn vielfach bekommen wir rückgespiegelt, dass die Themen nicht die Relevanz und insbesondere Umsetzung bekommen, die sie brauchen – es brauche MEHR Frauen. Der Gleichstellungsausschuss wird voraussichtlich nach der Sommerpause (es braucht erst eine Genehmigung des Innenministeriums) seine Arbeit aufnehmen. Wir werden Euch informieren: über die Mitglieder, ihre Motivation, hier mitzuarbeiten – und über die Themen, die auf der Tagesordnung stehen werden. Und wir hoffen auf Euer breites Interesse – denn die Sitzungen sind öffentlich!

Aber jetzt gilt erst einmal: Frühling und Sommer genießen und weiterhin sichtbar werden, z. B. bei der **Messe für Alleinerziehende am 9. Juni im Heiligen-Geist-Hospital**. (Bitte siehe Extra-Ausgabe Termine)

Euer/Ihr Team im Frauenbüro Lübeck

NEUES AUS LÜBECK

Was für ein Highlight: bundesweite Konferenz der kommunalen



Gleichstellungsbeauftragten in Lübeck
unter der Überschrift
„Kurs halten in antifeministischen
Gewässern“

© Susanne Hübner

Mehr als 500 Teilnehmer:innen aus ganz Deutschland haben am 18. und 19. Mai an der 29. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten teilgenommen! Diskutiert wurde über die Gefahr von Antifeminismus für Gleichstellung und Demokratie und über weitere zentrale Herausforderungen zum Thema Gleichstellung von Frauen.

Während einer Demonstration zum Holstentor mit etwa 700 Teilnehmer:innen (Konferenz-TN und Lübecker:innen!) wurden ihre Forderungen lautstark auf die Straße getragen.



Mit der Lübecker Erklärung und der Verabschiedung von mehr als 30 Anträgen richteten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten klare Forderungen an die Politik, u. a.:

- **Nationaler Aktionsplan gegen Antifeminismus**

Die Bundesregierung soll einen solchen Aktionsplan unverzüglich auflegen, um so strategisch jegliche Form von Antifeminismus zu bekämpfen. Ziel ist, antifeministische Tendenzen als Gefahr für die Demokratie ernst zu nehmen, Narrativen entgegenzutreten, Betroffene zu schützen, Aufklärung zu fördern und Errungenschaften zu sichern. Die Maßnahmen sollen gemeinsam von Bundesregierung und Zivilgesellschaft entwickelt werden und alle zentralen Bereiche einbinden: Bildung, Politik, Forschung, Justiz und Polizei. Mit diesem Antrag schließen sich die Gleichstellungsbeauftragten den Forderungen des Deutschen Frauenrates an.

- **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen**

Angesichts der hohen Zahlen von Gewalt an Mädchen und Frauen braucht es endlich die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Gewalthilfegesetzes sowie eine inklusive flächendeckende Präventionskampagne ab dem Kindergartenalter.

- **Unterstützung von Alleinerziehenden**

Eine weitere Forderung: ein Gesetzespaket für die existenzielle Unterstützung von Alleinerziehenden und der Abbau struktureller Benachteiligungen, wie etwa im Steuerrecht. Die geplante Streichung des Unterhaltsvorschusses, wenn Kinder das 12. Lebensjahr erreicht haben, darf nicht umgesetzt werden, da sie die Armut von Alleinerziehenden und ihren Kindern verschärft. Alleinerziehende sind zum überwiegenden Teil Frauen. Die geplante Änderung würde sie unter massiven finanziellen Druck setzen.

- **Sichere und gesunde Geburten**

Die Bundeskonferenz fordert einstimmig die Sicherung der flächendeckenden Geburtshilfe, dringende Nachbesserungen des Hebammenhilfevertrages, die Stärkung von Beleghebammen und dass Versorgungslücken geschlossen werden müssen. Die Versorgung von Schwangeren ist in Gefahr, immer weniger Geburtskliniken führen zu immer weiteren Wegen für Gebärende. Immer wieder geben Hebammen ihren Beruf wegen schlechter Arbeits- und Finanzierungsbedingungen auf. Eine Katastrophe für Schwangere! Frauen und Kinder haben ein Recht auf eine gute, sichere und gesunde Geburt.

- **Größere Unterstützung von Eltern und mehr Steuergerechtigkeit**

Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten fordern eine Erhöhung des Elterngeldes, damit Gleichberechtigung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Familien gelebt werden kann. Dazu braucht es die Novellierung des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit sowie die Einführung einer eigenständigen, bezahlten Freistellung für den zweiten Elternteil unmittelbar nach der Geburt eines Kindes. Beschlossen wurde auch der Antrag zur Abschaffung des Ehegattensplittings.

- **Entscheidungsrecht über den eigenen Körper**

Die Streichung des § 218 (StGB) zum Schwangerschaftsabbruch ist eine langjährige Forderung der Buko und wurde erneut und ohne Gegenstimme gefordert. Schwangerschaftsabbruch muss endlich legalisiert und betroffene Frauen entkriminalisiert werden.

Dies sind nur einige Beispiele der Beschlüsse, die die Teilnehmer*innen der Bundeskonferenz gefasst haben. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wird alle beschlossenen Anträge an die entsprechenden Ministerien weiterleiten.

Neben der Antragsberatung gab es insgesamt 17 inhaltliche Foren zu wichtigen Themen der Gleichstellung und ein digitales Grußwort von Bundesfrauenministerin Karin Prien.

Aminata Touré, Landesministerin für Gleichstellung in Schleswig-Holstein, kam zur Eröffnung der 29. Bundeskonferenz nach Lübeck und brachte die Botschaft mit:

„Mich nerven politische Räume, in denen mehrheitlich Männer über die Geschicke dieses Landes entscheiden. Mich nerven Debatten, die aberkennen, dass wir immer noch nicht vollends gleichberechtigt sind. Mich nervt, dass Frauen immer noch zu oft Gewalt von ihren Partnern und Ex-Partnern erleiden müssen. Nein, das ist zu seicht formuliert, es macht mich wütend.“

Damit spricht die Ministerin den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus der Seele, denn das begegnet auch ihnen in der täglichen Arbeit vor Ort und macht sie wütend.

Judith Rahner, Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats, machte in ihrer Keynote eindrücklich klar, wohin Antifeminismus führt: „Die aktuellen Angriffe auf Gleichstellung zeigen nicht ihre Schwäche, sondern ihre gesellschaftliche Bedeutung. Antifeministische Akteur:innen arbeiten gezielt mit Angst, Polarisierung und einfachen Feindbildern. Politik und Gesellschaft müssen dem mit Solidarität, demokratischer Orientierung und einer starken Infrastruktur für Gleichstellung entgegenreten.“



Elke Sasse, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lübeck und Gastgeberin der 29. Bundeskonferenz, betonte in ihrem Grußwort: „Denn eins ist klar: Angriffe gegen feministische Netzwerke, Fachberatungsstellen und queere Expert:innen – das sind auch wir! Wir engagieren uns gemeinsam gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.“

Diesen Auftrag nimmt die BAG an. Konstanze Morgenroth, BAG-Bundessprecherin: „Antifeminismus gefährdet nicht „nur“ Frauen und Gleichstellung. Er gefährdet die Demokratie an sich. Wir als BAG setzen uns mit aller Kraft für Gleichstellung ein, denn Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit und Teilhabe für alle.“

Mehr zur Bundeskonferenz findet Ihr [hier](#) (wenn Ihr runterscrollt findet Ihr die Bildergalerie und vieles mehr 😊!)

Tätigkeitsbericht des Frauenbüros für die Jahre 2023 – 2025 vorgelegt



Bereits seit 1989 arbeitet das Lübecker Frauenbüro daran, die Gleichstellung von Frauen und Männern in Lübeck sowohl in der Stadtgesellschaft als auch innerhalb der Stadtverwaltung voranzubringen.

Jetzt lag in der Bürgerschaft am 30. April der Tätigkeitsbericht für die Jahre 2023 bis 2025 vor, der einen Blick hinter die Kulissen ermöglicht, die Schwerpunkte der letzten Jahre vorstellt und die Vielfalt der Aktivitäten und beteiligten Akteur:innen aufzeigt.

Wir haben in den letzten drei Jahren vor allem an drei großen Aktionsplänen für mehr Gleichstellung in Lübeck gearbeitet:

Aktionsplan gegen Gewalt / Istanbul Konvention: Vom Zeichen setzen im Fußballstadion bis zur anonymen Sprechstunde für Trans-Personen zum Thema Gewalt

Infolge der internationalen Istanbul-Konvention und einer Bestandsaufnahme zum Thema Gewalt und Prävention von Gewalt gegen Frauen in Lübeck hatte die Bürgerschaft 2024 einen Aktionsplan gegen Gewalt in Auftrag gegeben. Gemeinsam mit vielen Akteur:innen wurde dieser Aktionsplan mit 57 Maßnahmen erarbeitet und im September 2025 der Bürgerschaft vorgelegt.

Aktionsplan Gleichstellung | Queer / Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene: Von Sportangeboten für Frauen bis zu digitalem Empowerment

Bereits 2019 ist die Hansestadt Lübeck der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene beigetreten. Auch hierzu wurde gemeinsam mit Bürger:innen, Verwaltung und Stakeholder:innen im Jahr 2025 bereits der zweite Aktionsplan Gleichstellung (seit 2025 inklusive queer) mit mehr als 60 konkreten Maßnahmen vorgelegt. Beispiele für Maßnahmen sind u. a. digitales Empowerment von Frauen, Sportangebote für Frauen in den Stadtteilen, Väter als Zielgruppe der Frühen Hilfen, Bildungsurlaub mit Kinderbetreuung, Wohnungen für Alleinerziehende, Konzeptentwicklung für ein Queeres Zentrum und vieles mehr.

verwaltungsinterner Gleichstellungsplan: 2024 wurde die Fortschreibung des verwaltungsinternen Rahmenplans Gleichstellung vom Frauenbüro begleitet. Beispiele für Maßnahmen sind geplante Pilotprojekte zum Top-Sharing und Führen auf Probe.

Neben den Aktionsplänen mit konkreten Maßnahmen zeigt der Tätigkeitsbericht viele andere Aktivitäten des Frauenbüros: Beratungen, Lesungen, Publikationen und insbesondere die breite Vernetzung in die Stadt. Und er zeigt auch, wo nach wie vor Nachholbedarf besteht. Zum Beispiel beim Frauenanteil an den Geschäftsführungen kommunaler Gesellschaften (4 %), beim Anteil von Frauen in der Bürgerschaft (24 %) und den Ausschüssen oder bei der Bezahlung: Frauen in Lübeck verdienen zuletzt pro Monat 825 Euro weniger als Männer.

Aufgrund der Beschlüsse der Bürgerschaft zur Haushaltskonsolidierung im Jahr 2025 kann, trotz gleichzeitigem Auftrag der Bürgerschaft, jedoch die halbe Stelle zur Erarbeitung und Begleitung des Aktionsplans Gleichstellung (Charta) aktuell nicht nachbesetzt werden. „Damit steht der ganze Aktionsplan auf der Kippe“, so Elke Sasse. Bereits im Zuge der Haushaltsberatungen hatte das Frauenbüro in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass Einsparungen nicht zulasten der Gleichstellung gehen dürfen. Dennoch wurden z. B. die Mittel für kostenfreie Mittel der Familienplanung nach vielen Jahren eingespart.

Den [Tätigkeitsbericht des Frauenbüros](#) könnt Ihr online einsehen.



Anlässlich des diesjährigen Muttertages unsere Forderung: Mütter entlasten statt belasten!

Mütter in Lübeck betreuen auch heute noch etwa die Hälfte der rund 4.800 Kinder unter drei Jahren komplett zu Hause (49,4 % aller Kinder in diesem Alter) sowie 727 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren (11,4 %).

Zwar hat die Hansestadt die Kinderbetreuung in Kitas und der Tagespflege seit 2005 stark ausgebaut und die Erwerbstätigkeit der Frauen ist dadurch stark gestiegen. Dennoch betreuen weiterhin ganz überwiegend Mütter ihre Kinder zwischen Geburt und dem etwa 15. Lebensjahr der Kinder. Väter übernehmen zwar mehr Sorgearbeit als früher, trotzdem tragen Mütter weiter den größten Teil der Elternzeit und der unbezahlten Betreuungsleistung. Frauen leisten pro Woche ca. neun Stunden mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer, arbeiten daher wesentlich häufiger in Teilzeit und verdienen deshalb im Schnitt 825 Euro/Monat weniger als Männer, so die Auswertung der Zahlen.

Über den gesamten Lebensverlauf betrachtet kostet sie das viel: In Westdeutschland haben Frauen rund 62 % weniger, in Ostdeutschland rund 48 % weniger Brutto-Lebenserwerbseinkommen (**Bertelsmann-Studie**). Im vierten Jahr nach der Geburt verdienen Mütter durchschnittlich 30.000 Euro/Jahr weniger als Frauen ohne Kinder, so eine **Studie des ZEW** (2025). Da verwundere die immer geringer werdende Zahl der Kinder nicht.

In Folge dessen sind Frauen z. B. häufiger auf Wohngeld angewiesen als Männer: Frauen stellten 2024 in Lübeck 64,6 % der Wohngeldempfänger:innen.

Aufgrund der bundesweiten Haushaltslage und anderer politischer Prioritäten stehen derzeit viele staatliche Leistungen auf der Streichliste, die für Mütter und ehemalige Mütter besonders wichtig sind: Angefangen beim Wohngeld über die Bürgergeldreform (Änderung der Kosten der Unterkunft) bis zu Sparplänen bei Alleinerziehenden und deren Kindern (Unterhaltsvorschuss) oder bei der Prävention von Gesundheitsleistungen wie Mutter-Kind-Kuren.

Politik muss auf allen staatlichen Ebenen die unterschiedlichen Auswirkungen der geplanten ‚Reformen‘ auf Frauen und Männern im Blick haben, so unsere Forderung. Und es braucht mehr Frauen und Mütter, die in der Politik mitentscheiden – mit für sie passenden Strukturen.

Lübecker Zahlen zum Muttertag

Alter

Mütter in Lübeck waren 2024 zwischen 17 und 44 Jahre alt und bekamen im Schnitt 1,1 Kinder (2010:1,4) und damit weniger als landes- oder bundesweit (1,3).

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Lübeck 2023-2025

Haushalte: Familien mit Kindern in der Minderheit

In den 126.653 Haushalten (2025) in Lübeck lebten 54 % in Ein-Personen-Haushalten; 20 % waren Haushalte, in denen Paare ohne Kinder lebten und nur in 18,5 % aller Haushalte lebten Kinder (davon 4,6 % bei Alleinerziehenden). Die meisten Mütter leben 2024 in Buntekuh (26,9 % Haushalte mit Kindern), gefolgt von Moisling (24,7 %) und Schlutup (22,5 %).

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Lübeck 2023-2025

Scheidungen und Alleinerziehende

2024 gab es 386 Scheidungen, 199 davon mit insgesamt 340 von der Scheidung betroffenen Kindern. Nach einer Scheidung leben Mütter oft allein mit ihren Kindern.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Lübeck 2023-2025

2024 gab es 5.803 Alleinerziehenden-Haushalte, davon 87 % Frauen. 34 % der Alleinerziehenden-Haushalte waren auf Unterstützung der Agentur für Arbeit/des Jobcenters angewiesen.

Quelle: **Gender-Monitoring** und Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Lübeck 2023-2025

Mütter in Lübeck betreuen über 3.000 Kinder bis zum Schuleinstieg komplett zu Hause, über 7.000 Kinder vor und nach der Kita-Betreuung (1-6) und rund 7.500 Kinder vor und nach der Betreuung in der Grundschule

Von den 4.783 Kindern zwischen einem und drei Jahren wurden 2024 fast die Hälfte (49,4 %) zu Hause betreut, ebenso ca. 10 % der Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Darüber hinaus sind Mütter auch vor und nach der Betreuung in Kita oder Tagespflege für über 8.000 Kinder im Vorschulalter verantwortlich. Dazu kommen rund 7.500 Grundschulkindern.

Quelle: Jugendhilfeplanung (Kita-Planung)

Elterngeld: Mütter stemmen Hauptteil der Elternzeit, erhalten aber weniger Elterngeld als Väter

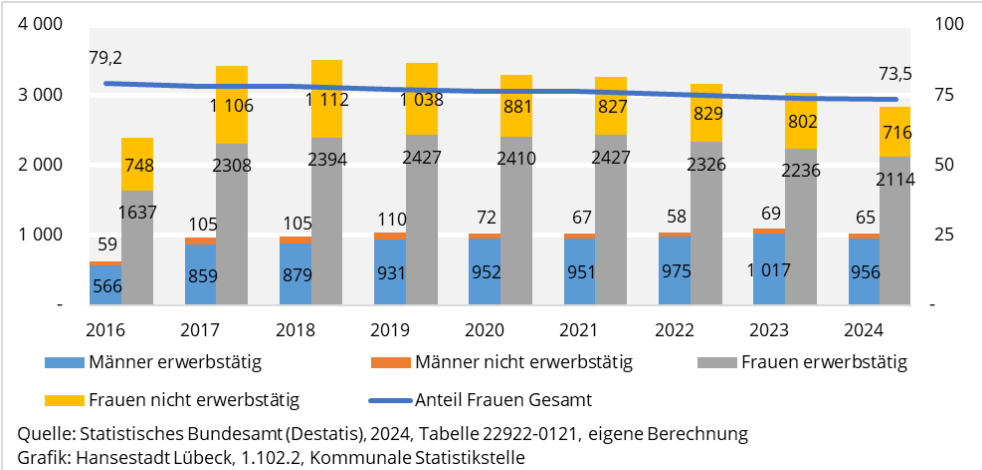
2024 bezogen in Lübeck 2.114 erwerbstätige und 716 nicht erwerbstätige Frauen Elterngeld, sowie 956 erwerbstätige und 65 nicht erwerbstätige Männer. Mütter bezogen 14,5 Monate Elterngeld, Väter 4,6 Monate (Jahr 2024), Väter bezogen 2024 im Schnitt 1.233 Euro Elterngeld, Mütter 842 Euro.

(Quelle: Gender-Monitoring der Hansestadt Lübeck, siehe unten)

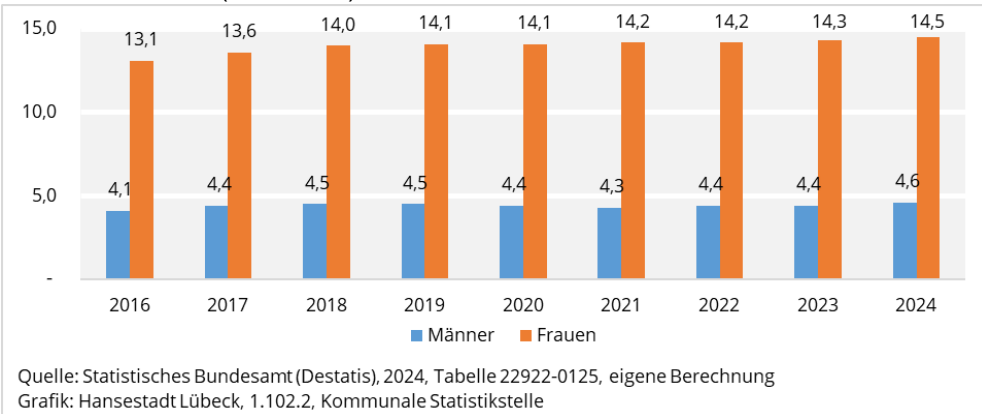
Wohngeld

Fast doppelt so viele Frauen wie Männer in Lübeck sind auf Wohngeld angewiesen (2.015 Frauen/1.106 Männer, Jahr 2023)

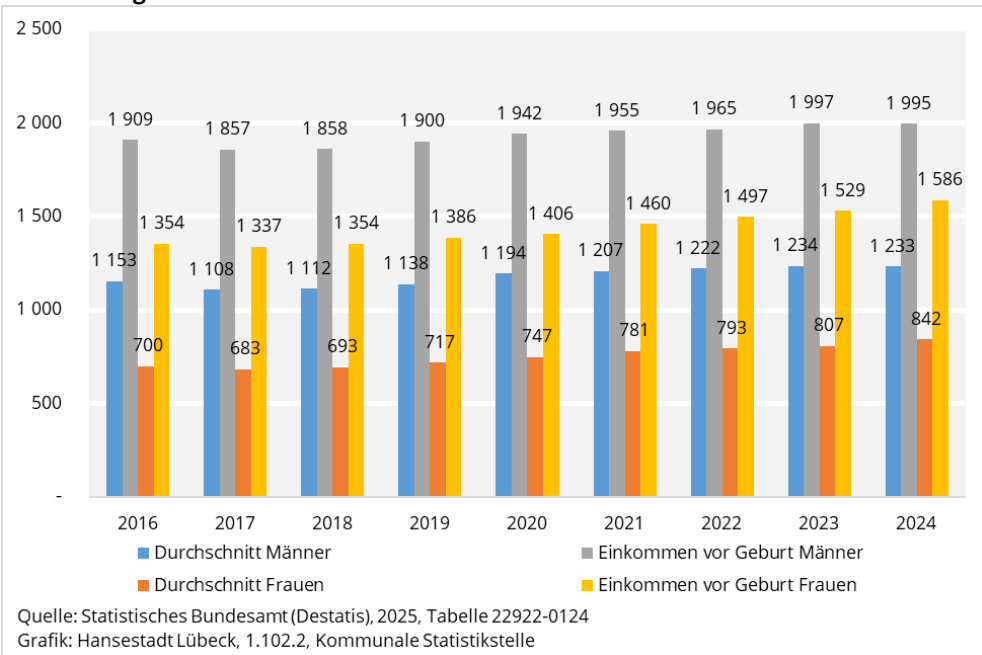
Entwicklung von Elterngeldempfängern nach Erwerbstätigkeit und Geschlecht 2016 – 2024



Entwicklung der durchschnittlichen Elterngeld-Bezugsdauer nach Geschlecht Lübeck 2016 – 2024 (in Monaten)



Entwicklung der durchschnittlichen Höhe des monatlichen Elterngeldanspruchs nach Erwerbstätigkeit und Geschlecht Lübeck 2016 – 2024



Das LÜMO – wie geht es weiter?



Noch immer ist nicht klar, ob und wie es ein Nachtfahrangebot nach diesem Jahr in Lübeck geben wird. Zuletzt war der jüngste Bericht dazu am 20. April auf der Tagesordnung des Bauausschusses – und wurde erneut vertagt. Auszüge aus unserer Stellungnahme zu dem Bericht, [VO/2026/14884](#), findet Ihr hier:

„Laut **SKiD** (2020) fühlen sich nur 33,3 % der Frauen nachts im ÖPNV sicher, Männer fühlen sich hingegen zu 60 % sicher. Hieraus resultiert auch nach wie vor die unterschiedliche Nutzung des ÖPNV in der Nacht. Bereits seit Schaffung der Funktion der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Lübeck 1989 ist das Nachtangebot des ÖPNV Thema, an dem sich bis heute, mehr als 35 Jahre später, wenig geändert hat. Initiierten meine Vorgängerinnen

Anfang der 90er Jahre das Frauen-Nacht-Taxi, das später vom ASTI abgelöst wurde, welches dann 2007 aus Kostengründen eingestellt wurde, ist die Einführung des LÜMO im Jahr 2018 eine attraktive, den ÖPNV ergänzende Lösung, die zunehmend insbesondere von Lübeckerinnen und Senior:innen genutzt wird.

Der Bericht machte deutlich: das LÜMO wird „insbesondere in Bezug auf subjektive Sicherheit, ... und kurze Wege“ gerne überdurchschnittlich in der Nacht genutzt. Die wachsende Zahl der Nutzer:innen (pro Monat 700 zusätzlich) sprach und spricht für sich.

Bedarf nach sicheren Wegen gibt es insbesondere

- für Schichtarbeiter:innen (z. B. im Reinigungsdienst, in der Pflege – klassische Frauenarbeitsbereiche)
- für Nutzer:innen der kulturellen Angebote in der Stadt; insbesondere die frühe Dunkelheit in den Wintermonaten hindert viele Menschen, insbesondere Frauen und Senior:innen daran, Angebote der Stadt zu nutzen – und verringert somit ihre Teilhabemöglichkeiten am sozialen und kulturellen Leben.

Im genannten Bericht wurde deutlich, dass Lübeck bereits jetzt die einzige Großstadt Deutschlands OHNE durchgehenden nächtlichen ÖPNV-Verkehr, zumindest am Wochenende, ist.

Vor dem Hintergrund, dass nicht alle Menschen an den sogenannten „kurzen Wegen“ wohnen und die Wege außerhalb der Innenstadt lang sind und Lübecker:innen sich auf diesen Wegen nicht sicher fühlen (siehe auch [Umfrage zu Angsträumen in Lübeck](#) vom Dezember 2020), bedarf es hier eines Ausbaus der Nachtverkehrszeit.

Die aufgrund der aktuellen Haushaltslage ausgesprochene Empfehlung, kein Nachtverkehrsangebot vorzuhalten, ist aus gleichstellungspolitischer Sicht ein nicht haltbarer Zustand. Lübeck wird somit zu einer Stadt, die nicht nur „Nachtschwärmer:innen“, sondern insbesondere allen in der Nacht/Dunkelheit beschäftigten Menschen in der Stadt KEINEN nutzbaren ÖPNV anbietet.“

Auftaktveranstaltung zu den zwei Aktionsplänen am 11. März

Den Internationalen Frauentag in diesem Jahr haben wir im Frauenbüro zum Anlass genommen, den Auftakt für die beiden Aktionspläne zu machen.



Gastrednerin Prof. Dr. Ulrike Lembke zeigte in ihrer hochspannenden und kurzweiligen Keynote auf, was wirklich zu Gleichstellung vor Ort beiträgt und wirkt. Der Titel ihres Vortrags: „Gleichstellung vor Ort zwischen Verfassungsauftrag und Krise – Wie wirken Gesetze und Aktionspläne und was können wir tun?“ hatte konkret die Lübecker Aktionspläne im Blick – und es gibt ihn demnächst auch online.

Ziel der Auftaktveranstaltung war, die unterschiedlichsten Akteur:innen zu vernetzen und von geplanten und schon erfolgreich durchgeführten Aktivitäten zu gleichstellungsrelevanten Themen Lübecks zu erfahren – und somit das vorhandene Know-how in der

Stadt zu bündeln und zu stärken. Die Aktionspläne machen aktuell Mut, denn sie zeigen, dass sich viele Menschen in Lübeck mehr Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit wünschen und sich dafür mit ganz unterschiedlichen Aktivitäten und Formaten engagieren.

Rund wurde der Abend durch den kulturellen Abschluss: Hanna Szperalski (Gesang) und Ninon Gloger (Piano) präsentierten Lieder unter dem Motto „Schwesternpfad – Ausblick auf den feministischen Kompass 2026“.





Netzwerk „Digital Women“ Lübeck: Austausch, Netzwerk und Wissensvermittlung

Im Rahmen des **2. Lübecker „Aktionsplans Gleichstellung“** bauen wir in den Jahren 2026 bis 2027 ein Netzwerk von und für Frauen im Bereich der Digitalisierung auf.

Mit dabei sind die Universität zu Lübeck, die Technische Hochschule, die Stadtwerke Lübeck, die Hansestadt Lübeck (Bereiche Digitalisierung, Stabsstelle Migration, Frauenbüro) sowie Lübecker Alumnis des landesweiten Programms „Women in Digital Areas (**WIDA SH**)“. Ende 2025 und Anfang 2026 fanden erste Netzwerktreffen der Akteur:innen (siehe Foto) statt. Jetzt schon gibt es in Lübeck ein regelmäßiges Treffen der WIDA-Alumnis, die offen für interessierte Frauen sind (Link zur Gruppe auf [LinkedIn / Signal](#)).

Voraussichtlich Anfang 2027 wird in Lübeck ein BarCamp für Frauen stattfinden. Dieses soll dem Austausch und Kennenlernen der Frauen des Lübecker Netzwerks mit denen aus dem landesweiten Netzwerk dienen.

Zudem gibt es an der VHS regelmäßig spezifische Kurse für Frauen rund um das Thema Digitalisierung. Beispielsweise die Kurse „KI – Künstliche Intelligenz zum Anfassen“ mit Sevilay Erdal oder „IT-Sicherheit im Privatbereich“. Siehe: [Maßnahmenplan](#) (2.1.13, S. 44 und 2.1.12).

Sie sind interessiert und wollen mitmachen? Dann melden Sie sich sowohl als Institution oder Unternehmen als auch als Einzelperson gerne bei: Filiz Günsür, Bereich [Digitalisierung](#) der Hansestadt Lübeck, filiz.guensuer@luebeck.de oder Maria Schitteck, [Energiecluster Digitales Lübeck](#)

Demokratie lebt vom Engagement vieler Menschen: Fördermittel bis September beantragen

Hohe Beteiligung, starke Inhalte: Beim Werkstattgespräch der Partnerschaft für Demokratie Lübeck, unter dem Motto „Einmischen, Mitmischen, Farbe bekennen“ am 4. März 2026 tauschten sich mehr als 90 Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Bildung, Verwaltung sowie zahlreiche engagierte Bürger:innen über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven für die Stärkung der Demokratie in Lübeck aus.

Die Hansestadt Lübeck hat vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Zusage für weitere finanzielle Mittel aus dem Programm „Demokratie leben“ erhalten. Daher können bis zum 7. September 2026 neue Anträge für Projekte gestellt werden. Interessierte werden gebeten, sich per E-Mail an die Koordinierungs- und Fachstelle von Sprungtuch e.V. zu wenden: demokratie-leben@sprungtuchev.de.

VERSCHIEDENES

Neue Broschüre der LAG Gleichstellung Schleswig-Holstein: Lesewelten ohne Grenzen



Welche Kinder- und Jugendmedien vermitteln Inhalte ganz ohne Rollenklischees? Diese Frage steht im Mittelpunkt der neuen Broschüre „Lesewelten ohne Grenzen. Kinder- und Jugendmedien mit vielfältigen Geschlechterrollen“, die die Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten Schleswig-Holstein gemeinsam mit Bibliotheken SH veröffentlicht hat. Die Broschüre präsentiert eine aktuelle Auswahl an Kinder- und Jugendmedien für 2- bis 17-jährige. Präsentiert werden Bilder- und Vorlesebücher, Geschichten über mutige Kinder, Sach- und Biografietitel – etwa zu Erfinderinnen – sowie Jugendromane, die Themen wie Identität, Körper, Liebe und Zugehörigkeit behandeln. Kinder und Jugendliche entwickeln früh Vorstellungen davon, was als „typisch“ gilt. Die Broschüre setzt hier an und zeigt, wie Geschichten dazu beitragen können, Rollenklischees zu hinterfragen und vielfältige Lebensentwürfe sichtbar zu machen. Sie richtet sich an Kinder und Jugendliche, Eltern, pädagogische Fachkräfte in

Kitas und Schulen, Bibliotheken sowie an alle, die Kinder und Jugendliche beim Lesen begleiten. „Wir möchten Geschichten empfehlen, die Kindern und Jugendlichen Mut machen, sie selbst zu sein – und die Vielfalt als Selbstverständlichkeit erzählen“, erklärt Magdalena Drexel von der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten. Grundlage der Empfehlungen sind die jährlich aktualisierten Medienlisten der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich und des Schweizerischen Instituts für Kinder- und Jugendmedien (SIKJM) in Zusammenarbeit mit der Pestalozzi-Bibliothek Zürich. Ergänzt wurden diese durch Empfehlungen der Kinder- und Jugendlektor*innen von Bibliotheken SH. Viele der vorgestellten Titel sind direkt vor Ort in den Bibliotheken in ganz Schleswig-Holstein ausleihbar. „Bibliotheken sind Orte, an denen Kinder unterschiedliche Perspektiven kennenlernen können. Mit der Broschüre schaffen wir eine verlässliche Orientierung für alle, die bewusst nach vielfältigen und klischeefreien Medien suchen“, sagt Lisa Behrendt von Bibliotheken SH. Die Broschüre erscheint in einer Auflage von 10.000 Exemplaren. 5.000 Exemplare sind Mitte Januar über Bibliotheken SH an die rund 150 öffentlichen Bibliotheken und Fahrbibliotheken im Land verteilt worden. Weitere 5.000 Exemplare stehen den Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein für ihre Arbeit vor Ort zur Verfügung. Zusätzlich wird die Broschüre online veröffentlicht. Sie finden sie zum [Download](#) auf der Website der LAG Gleichstellung oder der Website von Bibliotheken SH.

Wissen schützt! – Kostenloses digitales Lernangebot für Kinderschutz bei weiblicher Genitalverstümmelung (FGM)

Über 230 Millionen Frauen sind weltweit von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM_C) betroffen. Allein in Deutschland sind fast 123.000 Frauen und Mädchen gefährdet oder betroffen, von denen rund 3.000 in Schleswig-Holstein leben. Um Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen bei der Einschätzung von Gefährdungslagen zu unterstützen und ihnen Sicherheit im weiteren Vorgehen zu geben, hat die Fachberatungsstelle SAIDA International ein digitales Lernangebot entwickelt und stellt dieses kostenlos zur Verfügung. Das modular aufgebaute Lerntool dauert etwa vier Stunden. Mehr Informationen gibt es [hier](#).

Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 – Gewalt gegen Frauen bleibt hoch

Während in Lübeck laut [Polizeilicher Kriminalstatistik](#) (PKS) 2025 die Anzahl der Straftaten gesunken ist, stieg die Zahl der registrierten Fälle von Partnerschaftsgewalt und Sexualdelikten. Bei den Sexualdelikten wurden 2025 344 Fälle gemeldet. Der Großteil der Täter kam aus dem sozialen Umfeld der betroffenen Frauen: Freunde, Bekannte sowie (Ex-)Partner. Auf Bundesebene nahmen die registrierten Vergewaltigungen sogar um 9 % zu. Die Tatverdächtigen waren zu 98,6 Prozent männlich.

Im Bereich der Partnerschaftsgewalt weist Lübeck, wie auch in den Jahren zuvor, mit 753 Opfern die höchsten Zahlen in Schleswig-Holstein auf. Eine Zunahme der Opferzahlen ist auch landesweit mit einem Anstieg von 2,43 % zu verzeichnen. Die Zahlen der PKS bilden nur das Hellfeld ab. Laut der kürzlich erschienenen [Dunkelfeldstudie Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag \(LeSuBiA\)](#) liegt die Anzeigequote psychischer und physischer Gewalt in (Ex-)Partnerschaften bei unter fünf Prozent.

Geplante Schritte gegen digitale Gewalt

2024 erfasste das Bundeskriminalamt (BKA) 18.224 Frauen und Mädchen als Opfer digitaler Gewalt. Von allen erfassten Opfern waren 61,2 Prozent weiblich, davon waren etwas mehr als die Hälfte minderjährig.

Bundesjustizministerin Stefanie Bubig hat nun einen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser sieht die Verschärfung des Strafrechts sowie die Einführung neuer Straftatbestände vor. Unter Strafe gestellt werden sollen dann beispielsweise das unerlaubte und nicht einvernehmliche Herstellen und Verbreiten von intimmem Bildmaterial unabhängig davon, ob es sich um reale oder mit KI veränderte Aufnahmen (Deepfake) handelt. Auch das unbefugte Überwachen mittels Informations- und Kommunikationstechnik soll dem Entwurf nach künftig strafbar sein.

Die Gesetzespläne sehen auch Änderungen im Zivilrecht vor, durch die es Betroffenen u. a. erleichtert werden soll, gegen den/die Urheber:innen vorzugehen.



Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung hat ein **Maßnahmepaket** gegen digitale sexualisierte Gewalt vorgelegt. Der Plan sieht u. a. Aus- und Fortbildungen bei der Polizei, der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Lehrkräfteausbildung vor sowie eine Ausweitung der technischen Ausstattung bei der Landespolizei oder die Unterstützung von Frauenhäusern und Frauenfachberatungsstellen bei Betroffenen digitaler Gewalt.

Petition: Kinder von Alleinerziehenden – keine Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss

Der VAMV Bundesverband hat eine Petition gegen Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss veröffentlicht. Wenn Sie diese unterstützen möchten, klicken Sie [hier](#).

Petition: Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten in öffentlichen Einrichtungen in Schleswig-Holstein

Es wird gefordert:

1. Die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten (insbesondere Binden und Tampons) in den Toilettenräumen (Frauen-, Männer- und Unisex-Toiletten) in den Liegenschaften des Landes.
2. Die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten in Zusammenarbeit mit den Kommunen in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere an Grund- und weiterführenden Schulen.
3. Die regelmäßige Kontrolle und Nachfüllung der Produkte.
4. Flankierende Maßnahmen zum Abbau von Stigmatisierung durch eine öffentlichkeitswirksame Informationskampagne in Schleswig-Holstein.

Unterzeichnet die Petition gerne und teilt sie in euren Netzwerken: <https://www.landtag.ltsh.de/petitionen/kostenlose-menstruationsprodukte-in-schleswig-holstein/>. Zum Unterzeichnen muss der Wohnort übrigens nicht in Schleswig-Holstein (nicht einmal in Deutschland) sein.

Petition: Parität jetzt

Seit dem 23. Mai, dem Tag des Grundgesetzes, ist es möglich, die Petition „Parität jetzt“ zu unterzeichnen. Für eine Änderung des Wahlrechts und für 50 % Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungen. Hier könnt Ihr die Petition unterzeichnen: [Parität Jetzt – Mehr Gleichberechtigung von Frauen und Männern](#)

Sie möchten sich vom Newsletter abmelden? Klicken Sie bitte [hier](#).

Hansestadt LÜBECK

Das Lübecker Frauenbüro
Fischstr. 1-3 | 3. OG
23552 Lübeck
Tel.: (0451) 122 – 16 15
frauenbuero@luebeck.de
www.luebeck.de/frauenbuero

Verantwortlich für den Inhalt:
Elke Sasse – Gleichstellungsbeauftragte, Tel.: (0451) 122 – 16 10
Weitere Mitarbeiterinnen im Frauenbüro:
Sandra Birkoben – Projekte, Tel. (0451) 122 – 16 08
Brigitte Karkossa – Personal, Organisation und Beratung, Tel. (0451) 122 – 16 09
N. N. – Projekt Europäische Charta, Tel.: (0451) 122 – 16 02
Wiebke Schmidt – Lektorat und Geschäftsstelle, Tel.: (0451) 122 – 16 15
Petra Schmittner – Beratung, Projekte, Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: (0451) 122 – 16 01

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber:innen verantwortlich. Die Hansestadt Lübeck – Frauenbüro übernimmt keine Garantie für die von ihr unabhängigen Termine und Veranstaltungen.



HILFEN FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN

Beratungsstelle für Frauen:

Wohnungsprobleme, finanzielle Not,
gesundheitliche Probleme u. a.: (0451) 4002 – 5 65 30
www.vorwerker-diakonie.de
(Erwachsene/Menschen-in-sozialen-notlagen/Beratung/Frauen)

Bevor was passiert – Info-Hotline für Tatgeneigte:

0800 7 02 22 40, Mo-Fr 9 bis 18 Uhr
www.bevor-was-passiert.de/corona-krisentelefon

**BIFF – Beratung und Information
für Frauen & Mädchen (ab 12) in Lübeck**

Psychoziale Beratungsstelle: (0451) 7 06 02 02
www.biff-luebeck.de

Bürger:innentelefon Land SH:

(0431) 79 70 00 01

Elterntelefon:

0800 1 11 05 50
Mo-Fr: 9 bis 11 Uhr, Di, Do: 17 bis 19 Uhr

Frauenbüro Lübeck

wegweisende Beratung für Frauen:
(0451) 122 – 16 15, Mo, Di, Do, Fr 9 bis 13 Uhr
www.luebeck.de/frauenbuero

Frauenhäuser in Lübeck

Autonomes Frauenhaus: (0451) 6 60 33, rund um die Uhr
Frauenhaus Hartengrube: (0451) 70 51 85

Frauenkommunikationszentrum Aranat

in belastenden Lebenssituationen (auch Gewalt),
Migration & Fluchterfahrung: (0451) 4 08 28 50,
www.aranat.de

Frauennotruf Lübeck:

(0451) 70 46 40, www.frauennotruf-luebeck.de

Gewalt gegen Frauen:

0800 0 11 60 16, rund um die Uhr, oder im Sofort-Chat
www.hilfetelefon.de

Hilfetelefon Schwangere in Not:

0800 4 04 00 20, rund um die Uhr oder als Online-Beratung
www.geburt-vertraulich.de

Internetberatung (Chat) für Mädchen und Frauen:

rund um die Uhr, www.gewaltlos.de

Müttertelefon:

0800 3 33 21 11, 20 bis 22 Uhr

Nummer gegen Kummer:

für Kinder und Jugendliche: 11 61 11, Mo-Sa: 14 bis 20 Uhr
für Eltern: 0800 1 11 05 50, Mo-Fr 09 bis 11 Uhr,
Di-Do 17 bis 19 Uhr

Pflegenottelefon:

(030) 20 17 91 31, Mo-Do: 9 bis 18 Uhr

Polizei:

110, rund um die Uhr

pro familia:

Bundesweite Online-Beratung: www.profamilia.de

Prostituierte/Sexarbeiter:innen

Cara*SH Fachberatungsstelle
für Prostituierte: 0151 72312206
Beratung für Sexarbeiterinnen: 0152 21936634

Silbertelefon – Senior:innentelefon gegen Einsamkeit:

0800 4 70 80 90, täglich 8 bis 22 Uhr

Schwangerschaftsberatungsstellen in Lübeck

Caritas: (0451) 7 99 46 22
Pro Familia: (0451) 62 33 09
Gemeindediakonie: (0451) 79 32 29
HU Frauenberatung: (0451) 8 19 33
Donum Vitae: 0173 6 01 13 18 oder 0176 64 40 02 60

Telefonseelsorge:

0800 1 11 01 11 oder 11 61 23,
rund um die Uhr oder in der Chat-Beratung
www.telefonseelsorge.de